

Zu Bedingungen,
Formen und Motiven
des Widerstands

Wege zum 20. Juli 1944

Karl Dietrich Bracher

In zweifacher Hinsicht blicken wir heute auf die unauslöschliche Zeit vor sechzig Jahren, den Sommer 1944 zurück. Der verhängnisvolle Weg Deutschlands war damals nach fast zwölf Jahren totalitärer Diktatur und fünf Jahren eines letztlich rassistisch begründeten Vernichtungskrieges dem schrecklichen Ende nahe gerückt; doch dieses kam erst nach weiteren neun Monaten, die noch einmal so viele Millionenopfer an Menschen forderten wie der bisherige Krieg.

Die erste historische Entscheidung dieses letzten Kriegssommers war die Landung der westlichen Alliierten in Frankreich am 6. Juni 1944: die „Invasion“ als Auftakt zur endgültigen Befreiung Europas vom Joch des Hitler-Regimes, wenn gleich nicht, wie sich bald zeigen sollte, von der seines einstigen Beutepartners von 1939, der kaum minder totalitären Sowjetunion im Osten Europas. Deutschland jedenfalls war nun unmittelbar konfrontiert mit seiner eigenen Verantwortung für das Geschehene, mit der schwersten Last seiner neuesten Geschichte.

Aber umso mehr bleibt an das andere Ereignis jener Wochen zu erinnern: dass in derselben Zeit ein deutscher Widerstand seinen letzten Versuch unternahm, die menschenfeindliche Herrschaft des Nationalsozialismus zu stürzen und den Krieg sofort zu beenden. Tragisch gescheitert am 20. Juli 1944, war dieser mutig-verzweifelte Anlauf zu deutscher Selbstbefreiung in später Stunde dann doch nicht ganz vergebens; nach 1945 sollte er dazu beitragen, auch im Blick auf

dieses „andere Deutschland“ uns bald wieder die Teilnahme am Aufbau eines freien, demokratischen Europas zu ermöglichen, wenigstens im Westen vorläufig auf Kosten der Teilung.

Die Ereignisse um den 20. Juli 1944 selbst stehen freilich im Zeichen der Leidensgeschichte und des blutigen Scheiterns eines Widerstandes, über dem weithin das Urteil eines „vergeblich“ und „zu spät“, ja auch der infame Vorwurf des „Verrates“ hängen blieb. Und heute nun besteht die Neigung zumal einer jüngeren Generation, ihn ziemlich ahnungslos oder besserwisserisch als apologetisch und „undemokratisch“ zu diskreditieren, ja ihm eine „antisemitische Grundhaltung“ anzulasten, ohne die dann ja gerade entscheidende Sinnesänderung der Einzelnen zu bedenken.

Nicht zu Unrecht kritisiert darum Joachim Fest in Betrachtung heutiger Diskussionen den deutschen Widerstand als „Das verschmähte Vermächtnis“, ja geradezu als „herrschende denunziatorische Laune gegenüber dem Widerstand“. Deren Sprachrohr ist übrigens unter anderem der wirkungskräftige Historiker und Publizist Hans Mommsen, und zwar schon seit den sechziger Jahren. Ihm gegenüber ist nachdrücklich zu empfehlen der bedeutendste Widerstandsforscher und Stauffenberg-Biograf bis heute, Peter Hoffmann; ferner sei noch Christian Müller (zu Stauffenberg) genannt (siehe auch den Beitrag in dieser Ausgabe Seite 21 bis 25) sowie das große Dietrich-Bonhoeffer-Werk von Eberhard Bethge.

Die ausgedehnten Kontroversen über die historische Forschung angesichts der sehr schwierigen Quellenlage (Schriftliches konnte lebensgefährlich sein) und die politische Deutung für die Nachkriegszeit sind jedenfalls nicht durch die Frage des Gelingens zu bestimmen. Im Gegenteil! Es zeigte sich nach dem Ende des „Dritten Reiches“ allen Diffamierungsversuchen zum Trotz und bis heute sogleich und inzwischen auch außerhalb Deutschlands: Auch dieses Attentat ist missglückt – wie die Mehrzahl in der Geschichte. Aber das Scheitern auch der letzten verzweifelten Aktion, durch die der Diktator gestürzt und der Krieg beendet werden sollte, kann nicht das endgültige Verdikt der Geschichte sein. Die wahrhaft historische Bedeutung des 20. Juli liegt vielmehr darin, dass er die Existenz einer politischen und moralischen Opposition inmitten jener unerhörten Diktatur dokumentiert, die von 1933 bis 1945 die Masse der Deutschen irreführte und einen Großteil Europas beherrschte.

An der historischen Würdigung dieser Tat entscheidet sich in Wahrheit unsere Stellung nicht nur zur Erscheinung des Nationalsozialismus, sondern zur neuen deutschen und europäischen Geschichte überhaupt. Die Opposition gegen das Hitler-Regime und ihr Scheitern bleibt auch unter den so veränderten Verhältnissen der Gegenwart ein Thema von unmittelbarer Aktualität; auch für das wiedervereinigte Deutschland, das nach den Einseitigkeiten kommunistischer Geschichtsideologie solcher historischen Ordnungsmarken besonders bedarf.

Gleichzeitig stellt sich freilich auch mit aller Schärfe immer wieder die Frage nach der Möglichkeit rechtzeitiger Abwehr der immer aufs Neue drohenden Gefahren für Demokratie und Rechtsstaat. Der für ganz Europa so verhängnisvolle Einbruch des NS-Regimes war 1933 so bestürzend schnell und scheinbar unwiderstehlich geschehen, weil ihm nicht recht-

zeitig klar und wirkungsvoll genug begegnet worden war, zuerst in Deutschland selbst, aber dann auch in der Appeasement-Politik des Auslandes, und dafür gab es viele Gründe.

Obrigkeitsstaatliche Tradition

Stärker als in den westlichen Demokratien war die alteuropäische Tradition des Widerstandes gegen willkürliche Gewalt bei der Ausbildung der deutschen Nationalstaatsidee nach der gescheiterten Revolution von 1848 zurückgedrängt und teilweise von der bürokratischen Struktur des Obrigkeitsstaates überdeckt worden. Die fast widerspruchslos hingegenommene Übertragung des Dienstes der Militärs und Beamten auf Hitler, statt bis zu Hindenburgs Tod auf die Verfassung, ließ dies dann jedenfalls besonders deutlich hervortreten.

Schon aus obrigkeitsstaatlicher Tradition erklären sich auch viele der Fehleinschätzungen, die einen allgemeineren Widerstand gegen die nationalsozialistische Machtergreifung gelähmt haben. Es war ein Grundproblem von 1933 für die Weimarer Politiker und Parteien, dass allzu viele in der Beurteilung schwankten, wie weit sie die Nationalsozialisten durch Kollaboration steuern könnten und wann entschiedene Opposition unausweichlich war – wobei jedoch zu wenig daran gedacht wurde, ob eine Opposition dann überhaupt noch möglich sei.

Die Illusionen der Gewerkschaften, der Attentismus der SPD-Führung, die Selbstaufgabe der bürgerlichen Parteien, die Kollaboration der Militärs 1934, auch die unsichere Haltung der Kirchen zum demokratischen Staat und schließlich die Radikalität der Kommunisten gegenüber der SPD, die sie als „Sozialfaschismus“ diffamierten – solche schlimmen Fehleinschätzungen trugen auf je verschiedene Weise zu dem Verhängnis von 1933 bei. Damit wurde der Augenblick verpasst, da noch von den alten Machtpositionen

aus gegen die drohende Diktatur hätte operiert werden können.

Allzu lang glaubte man, Hitler werde bald abwirtschaften, und es gelte nur eine kurze Periode der Unterdrückung zu überstehen. Allerdings zeugten zehntausende politischer Verfolgter und Gefangener in den KZs, die sogleich errichtet wurden, schon seit 1933 auch von der Standfestigkeit nicht weniger Deutscher, die sich früh gegen den Nationalsozialismus gewandt hatten. Zu den alten politischen Gegnern aus der Linken und der Mitte kamen bald auch enttäuschte Konservative, Einzelgänger aus dem Staatsapparat und der Wirtschaft, und es verstärkte sich Opposition aus den Kirchen; schließlich rückten 1938 und wieder seit 1941 Militärs in den Mittelpunkt oppositioneller Planungen und Aktionen.

Einsame Entscheidung

Den entscheidenden Antrieb zur Durchbrechung des lähmenden und berauschenden Bannes, der sich über das gesamte Leben Deutschlands gelegt hatte, bildete wesentlich das verstörte Gewissen, das durch die Anschauung des gequälten Mitmenschen, der Verfolgung und des Terrors wach wurde. Es war die individuelle moralische Entscheidung, die über die Grenzen kollektiver Befangenheit hinweg Menschen verschiedenster Herkunft vom Mitmachen zum Widerstehen führte. Die Wendung mochte zuerst im persönlichen Bereich geschehen, angesichts der unmittelbar drängenden Aufgabe einer Hilfe für Entrechtete und Verfolgte. Ein nächster Schritt war der Kontakt mit Gleichgesinnten und die Aufklärung über das wirkliche Geschehen hinter den Propagandaklischees einer gleich geschalteten Publizistik. Noch riskanter und nur von wenigen gewagt war endlich der Schritt zur politischen Konspiration, zur Organisation und Planung aktiver Opposition, zur Verbin-

dung mit anderen Personen und Gruppierungen des Widerstandes.

Doch diese persönliche Entscheidung musste in furchtbarer Einsamkeit inmitten der Massensuggestion des Regimes getroffen werden. Sie bedeutet die ständige Belastung durch Misstrauen und Schweigen, die Gefährdung von Familie und Freunden, die Isolierung von der großen Mehrheit des eigenen Volkes. Ein solcher „Aufstand des Gewissens“ konnte sich nicht, wie später die außerdeutschen Widerstandsbewegungen im besetzten Europa, vom stolzen Bewusstsein nationaler Verpflichtung tragen lassen, stand vielmehr gegen den verführerisch missbrauchten Patriotismus im eigenen Land.

Die Erfahrung aus dem Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Deutschland und Europa lautet: Widerstand ist schwer, aber geboten in einer Diktatur, die keine Opposition duldet, die Kontrollen des Rechtsstaates ausschaltet und gegen die Bürger- und Menschenrechte verstößt. Widerstand aber (wo er am leichtesten ist) gegen die rechtsstaatliche Demokratie, die das Recht auf Opposition anerkennt und garantiert, kann zur Wegbereitung für künftige Diktatoren missbraucht werden. Darin besteht nicht zuletzt die eindringliche Lehre von Weimar.

In den von Annedore Leber, Willy Brandt und dem Autoren dieses Beitrages herausgegebenen Bänden *Das Gewissen steht auf* (1954) und *Das Gewissen entscheidet* (1957) ist schon früh an exemplarischen Lebensbildern ermordeter Widerstandskämpfer aller politischen Richtungen dokumentiert worden, welche große politische und soziale Spannweite im Verlauf der Geschichte seit 1933 der tatsächliche Widerstand gegen Hitler gewonnen hat. Der kommunistische Alleinanspruch auf den allzu pauschal so genannten „Antifaschismus“ bedeutet dagegen ebenso eine ideologische Anmaßung wie einst der nationalsozialistische Anspruch auf den „Antikommunismus“. Sofern man den

Nationalsozialismus überhaupt unter den Faschismusbegriff fassen will, so verkennt man jedenfalls die moralisch-politische Dimension, wenn man den Widerstand nur als „antifaschistischen“ und nicht vor allem einen antitotalitären versteht, der gegen rechts- wie gegen linksdiktatorisches Unrecht gerichtet ist. Man denke immer an das selbstkritische Wort von George Orwell von 1944, linke Intellektuelle machten zu leicht den Fehler oder erlängen dem Irrtum, dass sie „antifaschistisch sein wollten, ohne antitotalitär zu sein“.

Nach seiner endgültigen Institutionalisierung um 1934 war das Hitler-Regime ohne Beteiligung der bewaffneten Macht nicht mehr zu stürzen. Das rechtfertigt gewiss nicht eine Überbetonung des militärischen Widerstandes, der in der ersten Hälfte des so genannten „Dritten Reiches“ überhaupt fehlte und auch seit 1938 nur im Zusammenhang mit den zivilpolitischen Kräften der Opposition gesehen werden kann. Und auch die These, nur aus den Kirchen sei eine größere Opposition gegen den Nationalsozialismus hervorgegangen, geht ebenso über die Realität hinaus wie die aus der DDR zu hörende Gegenbehauptung einer kommunistischen Massenbewegung gegen Hitler.

Kirchliche Opposition – höchst bedeutsam, doch vielfach schillernd – war gewiss ein Politikum, sie stieß aber fast nur in Einzelvertretern wie Dietrich Bonhoeffer, Alfred Delp oder Domprobst Lichtenberg über die Verteidigung eigener Positionen und Interessen hinaus zum *politischen* Widerstand selbst vor.

Andererseits übersieht die beliebte Kritik an den Plänen der Liberalkonservativen um Carl Goerdeler oder an den Staatsentwürfen des Kreisauer Kreises um Moltke und York, dass ein Volksaufstand in keiner Phase des „Dritten Reiches“ möglich erschien, ein Umsturz von oben jedoch, wie er seit 1938 immer wie-

der geplant und zuletzt 1944 versucht wurde, partielle Kontakte mit Militär und Staatsapparat voraussetzte. Das warf freilich große moralische und politische Probleme auf.

Pluralität des Widerstandes

Von einer einheitlichen Widerstandsbewegung kann also zu keinem Zeitpunkt gesprochen werden.

Die Vielfalt der politischen und geistigen Kräfte, die sich früher oder später der Gleichschaltung entzogen oder gar widersetzt haben, fand wohl an bestimmten Wendepunkten zu engeren Kontakten. Aber im Verhalten und Planen sind die Unterschiede groß geblieben, und nach dem Ende des NS-Regimes traten sie auch sehr konkret wieder hervor.

Und doch war das Ausmaß innerdeutscher Opposition schon in der Vorkriegsperiode viel größer als die gelenkten Einheitsbekundungen nach außen erkennen ließen. Aus den geheimen Überwachungsberichten der Gestapo ergibt sich ein durchaus anderes Bild. Es war allerdings ein großer Schritt vom Nichtmitmachen, das unter totalitären Bedingungen ja schon ein Politikum darstellt, über das Nichtgehören bis zum aktiven Widerstehen. Tatsache bleibt, dass dieses zuerst von denen ausging, die den Terror des NS-Regimes „am frühesten und am stärksten zu spüren bekamen und von ihm zugleich als gefährlichste Gegner betrachtet wurden, nämlich von den Organisationen der Arbeiterbewegung“ (H. J. Reichhardt).

Weit verstreut und oft namenlos geschah die konspirative Aktivität linker Widerstandsgruppen unter totalitären Verhältnissen im Dunkel der Illegalität und Anonymität. Quellenmäßig schwer zu fassen, sind ihre Zeugnisse oft weniger aufschlussreich als die Dokumente und Planungen bürgerlicher und konservativer Opposition. Zahllose Prozesse zumal der Anfangsjahre spiegeln zwar die Breite dieses „lautlosen Aufstandes“ (Weisen-

born) wider, geben aber oft ein verzerrendes Bild, gemäß der Feindvorstellung nationalsozialistischer Rechtspolitik, und in vielen Fällen verlief die Verfolgung überhaupt jenseits der Justiz im Bereich des SS- und KZ-Staates.

Bis heute gibt es Kontroversen über die Rolle früherer Anhänger des NS-Regimes, die zum Widerstand stießen. Andererseits bleibt die Beurteilung des kommunistischen Widerstandes ambivalent, da er im Namen einer totalitären Ideologie und angesichts der gleichzeitigen brutalen Realität der Sowjetdiktatur geschah. Wie heute der Opfer aller totalitären Regime zu gedenken ist, so gewiss auch des innerdeutschen Widerstandes von Kommunisten – doch nur, soweit es sich um die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung und nicht um die künftigen Unterdrücker von Recht und Freiheit in Ostdeutschland und Osteuropa handelt.

Bürgerlicher Widerstand entfaltet sich mithin vor allem an drei Stellen:

1. im partiellen Widerstehen der Kirchen gegen die ideologische Gleichschaltung; 2. in den wachsenden Bedenken liberaler wie konservativer Kreise gegen die brutale Wirklichkeit der NS-Herrschaft; und 3. schließlich in jener Kritik desillusionierter Militärs am Risiko- und Kriegskurs Hitlers, die in der Krisensituation des Sommers 1938 zum ersten Mal wirksam wurde und in den Kriegsjahren bis 1944 zu mehreren Putschversuchen führte.

Kirchliche Opposition

Erstens: Kirchliche Opposition bedeutete nicht schon politischen Widerstand im strengeren Wortsinn, sofern sie nicht gegen die nationalsozialistische „Obrigkeit“, sondern nur auf Wahrung von Lehrfreiheit und Autonomie gerichtet war.

Hier sind die Fronten im Laufe der Zeit vielfach verwischt, sind mannigfache Kompromisse und Konzessionen an das NS-Regime gemacht worden, selbst im Be-

reich der „Bekennenden Kirche“ wie auch im (etwas) weniger anfälligen Katholizismus. Dies zeigte sich an der zwiespältigen Haltung in der Judenfrage. Die Kritik am „Arierparagrafen“ hinderte kaum die Fortdauer eines traditionellen Antisemitismus; dem Einspruch gegen die mörderische Euthanasiepolitik von 1939/1940 folgte kein entsprechender Protest der Kirchen gegen die zunehmend unmenschliche Judenpolitik bis hin zum Holocaust. Ohne hörbaren christlichen Einspruch brannten die Synagogen schon 1938. Die Gegenwirkung blieb damals auf Einzelaktionen (wie den mutigen Attentatsversuch des Schreiners Georg Elser 1939) oder bemerkenswerte Hilfsmaßnahmen für Verfolgte beschränkt. Kirchliche Erklärungen von allgemeinem Gewicht sind selten gewagt worden. Ausnahmen waren die „Widerstandssynode“ von Barmen 1934, einzelne Denkschriften, Kanzelabkündigungen und Hirtenbriefe, die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ 1937 sowie endlich die Erklärung der Preussischen Bekenntnissynode von Oktober 1937 in Breslau, die offen dem NS-Staat das Recht zu seiner Vernichtungspolitik bestritt und wörtlich sagte: „Begriffe wie ‚ausmerzen‘, ‚liquidieren‘ und ‚unwertes Leben‘ kennt die göttliche Ordnung nicht. Vernichtung von Menschen, lediglich weil sie Angehörige eines Verbrechers, alt oder geisteskrank sind oder einer fremden Rasse angehören, ist keine ‚Führung des Schwertes, das der Obrigkeit gegeben ist‘ ...“. Das gelte auch für „das Leben des Volkes Israel“ und für die Berufung auf einen Befehl: „Wir können uns nicht von Vorgesetzten die Verantwortung vor Gott abnehmen lassen.“

Aber nur Einzelne haben schon frühzeitig die verhängnisvolle Entwicklung so klar erkannt wie der Theologe Dietrich Bonhoeffer, der Anfang Juli 1939 seinen Verzicht auf ein Lehrangebot in den USA und seine Rückkehr nach Deutschland in einem Brief an den großen amerikanischen

Religionsphilosophen Reinhold Niebuhr folgendermaßen begründete: „Die Christen Deutschlands stehen vor der fürchterlichen Alternative, entweder in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die christliche Zivilisation weiterleben kann, oder in den Sieg einzuwilligen und dabei unsere Zivilisation zu zerstören. Ich weiß, welche dieser Alternativen ich zu wählen habe; aber ich kann diese Wahl nicht treffen, während ich mich in Sicherheit befinde.“ Und nach Jahren im Widerstand schrieb Bonhoeffer dann 1943 aus der Gefängniszelle in Berlin an den Freund Eberhard Bethge: „Du mußt wissen, dass ich noch keinen Augenblick meine Rückreise 1939 bereut habe noch irgendetwas von dem, was dann folgte. Das geschah in voller Klarheit und mit bestem Gewissen. Ich will nichts von dem, was sich seit damals ereignet hat, aus meinem Leben streichen ... Und daß ich jetzt sitze [also im Gefängnis] ... rechne ich auch zu dem Teilnehmen an dem Schicksal Deutschlands, zu dem ich entschlossen war.“

Auch bei vielen späteren Verschwörern des 20. Juli haben die christlichen Motive neben humanistischen Wertvorstellungen und liberalen oder sozialistischen Demokratiegedanken sowie schließlich wachsende Kritik an der barbarischen Judenverfolgung eine sehr wesentliche Rolle gespielt. Bis zuletzt haben die Machthaber in der tatsächlichen oder potenziellen Resistenz der Kirchen, denen ja nominell noch über neunzig Prozent der Bevölkerung angehörten, ein gravierendes Hindernis erblickt. Diese nach einem siegreichen Kriegsende definitiv zu beseitigen gehörte zu den wichtigsten Zielen des Regimes.

Liberaler und konservativer Widerstand

Zweitens: Je geringer in der totalitären Diktatur die Möglichkeiten einer oppositionellen Volksbewegung waren, desto eher gewannen antitotalitäre Impulse aus

dem ja nicht unbedingt demokratisch geprägten Umkreis des Beamtentums und Militärs an Bedeutung. Bezeichnend dafür war die rastlose Aktivität, die der Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler, zumal nach seinem demonstrativen Rücktritt aus Protest gegen die Beseitigung des Leipziger Mendelssohn-Denkmal im Jahr 1936, als führender Kopf ziviler Oppositionsbestrebungen im Staats- und Verwaltungsapparat entfaltete, wo er gestützt auch auf liberale Wirtschaftskreise wie besonders Robert Bosch wichtige Verbindungen knüpfte und Denkschriften entwarf (Joachim Scholtyseck, *Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933–1945*, München 1999). Goerdeler verstärkte bereits in den verhängnisvollen Vorkriegsjahren von 1937 bis 1939 die Kontakte mit britischen Wirtschaftskreisen nahe dem Foreign Office (Arthur P. Young) und warnte sie vor den Auswirkungen der Appeasement-Politik und einem kommenden Krieg Hitlers, „weil er mit großer Wahrscheinlichkeit eine Zerstörung unserer Zivilisation bedeuten würde. Wenn die Welt davor bewahrt werden soll, müssen die westlichen Demokratien wie nie zuvor mit größter Geschwindigkeit, Entschlossenheit und Festigkeit zusammenarbeiten.“

Desillusionierte Militärs

Drittens: Schließlich hat sich angesichts der zunehmenden Kriegsdrohungen Hitlers im Sommer 1938 eine erste deutsche Militäropposition um Generalstabschef Ludwig Beck geschart, die mit den Widerstandsplänen der anderen politischen Lager in Kontakt stand. Von SPD- und Gewerkschaftsführern bis in die höhere Beamtschaft und in die halbzivilen Geheimdienste der Wehrmacht reichten die Verbindungen der Verschwörer, die im Augenblick des erwarteten militärpolitischen Konfliktes um die Sudetenfrage (1938) die Änderung des Regimes erzwingen wollten.

Ihr Zentrum gewann die aktive Konspiration in einem Kreis, der sich in der Abteilung „Abwehr“ im Oberkommando der Wehrmacht bildete. Hier war die Einsicht in die wirkliche Lage am schärfsten, und hier wirkten als treibende Kräfte der Pfarrerssohn und damalige Oberst Hans Oster und im weiteren dann der Komponistensohn und ehemalige Reichsgerichtsrat Hans von Dohnanyi.

Kern der Planungen war die Verhaftung Hitlers, und zwar im Augenblick seines Befehles zum Kriegsbeginn und der dann erwarteten Kriegserklärung der Westmächte. Man rechnete damit, dass dies die Bevölkerung in Schrecken versetzen und dem Unternehmen breiteren Rückhalt geben würde. Und man glaubte, wenn der verbrecherische Katastrophenkurs Hitlers so offenbar wurde, würde eine Gehorsamsverweigerung trotz Obrigkeits- und Führerglaube nicht mehr als Sabotage oder Verrat gelten können. Denn vor allem zwei schlimme Erfahrungen vom November 1918 suchten die Verschwörer damals zu vermeiden: einen möglichen Bürgerkrieg, dessen Ausgang angesichts der nationalsozialistischen Parteimacht ungewiss war, und eine Dolchstoßlegende neuer Art, die eine künftige Neuordnung mit der Behauptung vergiften konnte, dass Armee und Opposition Hitler trotz seiner so großen nationalen Erfolge in den Rücken gefallen seien. Wie begründet diese Überlegungen waren, hat sechs Jahre später die so wirkungsvolle Diffamierung der Aktion vom 20. Juli 1944 bewiesen, deren Gelingen doch nur einem längst verlorenen Krieg ein Ende gesetzt und vielen Millionen Menschen das Leben gerettet hätte.

Aber freilich: Hitlers viel bewunderter Erfolg auf der Münchener Konferenz vom 29. September 1938, mit dem Zurückweichen der Alliierten als Konsequenz der verhängnisvollen Beschwichtigungspolitik, hat damals allen Staatsstreichplänen der Opposition den Boden entzogen.

Der deutsche Offizier und spätere Widerstandskämpfer in einer Aufnahme aus den frühen dreißiger Jahren: Nach dem von ihm durchgeführten gescheiterten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Claus Graf Schenk von Stauffenberg am 10. August 1944 standrechtlich erschossen.

© dpa



Ludwig Beck trat zurück, und in den nächsten drei Jahren eilte der Diktator von Erfolg zu Erfolg; sein gewaltiges Prestige machte eine Gegenaktion fast aussichtslos.

Widerstand im Kriege

Der Krieg nun stellte die Opposition schließlich vor durchaus veränderte Bedingungen. Einerseits wurde es immer schwerer, Nationalsozialismus und Deutschland voneinander zu trennen: Der Appell an den Patriotismus wirkte stärker als die Bedenken gegen das Regime. Dazu kam die im Krieg gesteigerte Reglementierung und allseitige Überwachung des Lebens. Andererseits verlangte der Krieg aber auch ein größeres Maß an Improvisation und Pragmatismus. So konnten nun zivile Gegner des Regimes

in militärische Stellungen eingezogen werden, was in Einzelfällen auch für die Opposition nutzbar zu machen war; dies gelang unter dem Schirm von Admiral Canaris und Oberst Oster auch Dohnanyi, seinem Schwager Dietrich Bonhoeffer und anderen.

In der Situation von 1939/1940, also vor der Ausweitung des Krieges, suchte diese Gruppe Kontakte mit den Alliierten zu nützen; so hat Oster selbst auch einen letzten Beweis für die Ehrlichkeit der Opposition erbringen wollen, indem er die deutschen Termine für den Angriff sowohl auf Skandinavien wie auf Frankreich nach Holland gelangen ließ. Dieser Versuch, der wie alle ausländischen Kontakte von Kritikern bis heute als „Landesverrat“ diffamiert und von einigen sogar zum Vorwand einer neuen Dolchstoßlegende gemacht worden ist, war Ausdruck der unbedingten Gegnerschaft Osters gegen das Regime und Zeichen seines Willens, alles für die Beendigung des Krieges und den Umsturz einzusetzen.

Die Überschreitung der Grenze zum Landesverrat, unter einer totalitären Diktatur ohnehin verwischt, rechtfertigte sich vor allem aus der Einsicht, dass Hitler im Begriff war, fünf neutrale Länder zu überfallen, denen er ausdrücklich ihre Unversehrtheit garantiert hatte: die Benelux-Staaten, Dänemark und Norwegen. Osters Tat war politisch wie moralisch begründet: Nur zu gut war er über die bedenkenlosen Vorbereitungen der nationalsozialistischen Aggression unterrichtet. War nicht auch bei diesem ungewöhnlichen Schritt das Recht auf der Seite dessen, der mit allen verfügbaren Mitteln den Vertragsbruch und die Zerstörung des Rechtes bekämpfte? Landesverrat und Eidbruch können in einem Unrechtsstaat, der selbst seine Verpflichtungen gegenüber den eigenen Bürgern wie gegen die anderen Staaten bricht, durchaus infrage gestellt werden. Osters Tat war aber auch der ganz konkrete und verzweifelte Versuch,

das seit Kriegsbeginn erschütterte Ansehen des deutschen Widerstandes im Ausland zu retten. Er ist gescheitert, weil die Warnungen bei den Westmächten nicht ernst genommen wurden und die militärische Effizienz der deutschen Operationen in unerwartet kurzer Zeit zum völligen Sieg im Westen führte.

Dieser erneute Triumph Hitlers im Sieg über Frankreich 1940, für allzu viele Deutsche Genugtuung für 1918, bezeichnete zugleich einen gravierenden Tiefpunkt aller Opposition. Selbst Friedrich Meinecke bewunderte Hitlers Glück. Nun begann ihre schwerste Prüfungszeit, sich im Rausch der siegreichen Diktatur zu behaupten. Die bisherigen Kontakte mit dem Westen und die Hoffnungen auf ein rasches Kriegsende und inneren Umsturz waren zerstört. Isoliert und ohne Aussicht, die Bevölkerung zu gewinnen, war der Opposition fast nur noch die moralische und rechtliche Position geblieben, war äußeren Erfolgserwägungen der Boden entzogen. Umso bemerkenswerter ist aber das Maß an Kontinuität und Wagemut, mit dem Widerstand über die Kriegsjahre erhalten und ausgebaut wurde.

Diese Tatsache steht klar den bis heute fortdauernden Behauptungen entgegen, nur die Angst vor der Niederlage und zuletzt eine Art Torschlusspanik habe den Widerstand in Deutschland angetrieben. Das traf gewiss nicht für jene zu, die in der Zeit der größten Erfolge des „Dritten Reiches“ die Last des lebensgefährlichen Kampfes gegen ein scheinbar unüberwindliches Regime trugen.

Europäisierung des Denkens

Noch dringender als vor dem Krieg war nach dem Scheitern aller bisherigen Versuche, das Regime zu ändern, ein grundlegendes Umdenken geboten. Das erfolgte besonders mit den Überlegungen und Forderungen des so genannten „Kreisauer Kreises“ um Graf Moltke, der im Außen-

amt tätig war (1940–1943): Bruch mit dem Nationalismus, Fortschritt zu einem europäischen Internationalismus, in dem die französische Hegemonie von Versailles wie der alte und neue deutsche Hegemonialismus überwunden werden und deutsch-französische wie deutsch-polnische Verständigung an die Stelle einer Durchsetzung umstrittener Gebietsansprüche treten.

Diese Gedanken brachten besonders jüngere Sozialdemokraten, Abgeordnete und Gewerkschafter wie Julius Leber, Carlo Mierendorff und Wilhelm Leuschner oder Philosophen und Pädagogen wie Theo Haubach und Adolf Reichwein ein. Lebers grundlegende Forderung an künftige Außenpolitik war seit je gewesen, dass die Prinzipien wirtschaftlicher Zusammenarbeit und demokratischer Innenpolitik auch die zwischenstaatlichen Beziehungen bestimmen sollten. Und der Völkerrechtler Moltke wie seine Freunde vom Kreisauer Kreis sprachen nun, und zwar in bewusster Distanz zu den national- und machtstaatlichen Denktraditionen, von einer Europäisierung des Denkens und von einer Wandlung des Staatsbegriffes, der nicht länger Selbstzweck sein dürfe.

Der zukunftsweisende Gedanke an übernationale, föderalistische Lösungen entzündete sich vor allem an der Problematik der ostdeutsch-osteuropäischen Nationalitätenpolitik: Moltke selbst hatte sich früh mit Minderheitenfragen beschäftigt. Dies war der gemeinsame Grund, auf dem die Zusammenarbeit auch mit international-sozialistischen Denkformen möglich sein würde. In mancher Hinsicht ist Moltke noch weitergegangen, bis zu dem utopisch erscheinenden Gedanken an eine Auflösung Deutschlands und Europas in kleinere Selbstverwaltungskörper. Ein solcher Radikalföderalismus, der die Souveränität einem europäischen Gesamtstaat vorbehielt, bedeutete einen revolutionären Bruch mit den Denkge-

wohnheiten des 19. und 20. Jahrhunderts, die ja den Kampf gegen den „Partikularismus“ und für den nationalen Einheitsstaat zum höchsten Gesetz erhoben hatten.

Eine ähnliche Position vertrat Dietrich Bonhoeffer, der schon 1942 im deutlichen Unterschied zu Goerdeler, Hassell und anderen erklärt hatte, die Schuld des nationalsozialistischen Deutschland lasse „außenpolitische Auswege“ nicht mehr zu. Er sah im Handeln des Widerstandes vielmehr einen „Akt der Buße“ und hielt wie Leber und Moltke die bedingungslose Kapitulation für unvermeidbar. In dieser Hinsicht ging Moltke über die Vorstellungen anderer Kreisauer hinaus und erachtete Ende 1943 bereits „eine unbezweifelbare militärische Niederlage und Besetzung Deutschlands aus moralischen und politischen Gründen für absolut notwendig“. Freilich: Das zentrale Problem blieb der Umsturz selbst, die Beseitigung des Hitler-Regimes, die Beendigung des Krieges, die Wiederherstellung von Recht und Freiheit.

Diese Einsicht bestimmte auch die Aufrufe, mit denen 1942/1943 die Studenten des Widerstandskreises „Weiße Rose“ um die Geschwister Scholl und Kurt Huber in der Münchener Universität mit Flugblättern das politische Versagen der deutschen Bildungsschicht anprangernten und „zur Abrechnung ... mit der verabscheuungswürdigsten Tyrannei“ aufforderten. Aber solche Ablehnung, die sie mit dem Leben bezahlten, blieb einsam und verfermt, auch an den meisten Stätten der Wissenschaft.

Vor allem die nationalsozialistische Kriegsführung, ihre grausame Verfolgungs-, Besatzungs- und Judenpolitik hat nun aber eine Anzahl jüngerer Offiziere veranlasst, sich entschiedener als die eher willfähigen, traditionsgehemmten Generale den seit 1940 stagnierenden Widerstandsgruppen anzuschließen. In dieser neuen Phase wurden besonders auch

durch Anschauung der ersten großen Krise des Russlandfeldzuges, der sogleich in einen rassistischen Vernichtungskrieg gegen Slawen und Juden mündete, jüngere Oberste im Generalstab wie Henning von Tresckow seit Ende 1941 und nach ihm Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Laufe von 1942 schließlich zu den schärfsten Gegnern Hitlers, nun unterstützt von Völkerrechtlern wie Stauffenbergs Bruder Berthold, der wie Moltke das Ausmaß der nationalsozialistischen Untaten überblickte, an denen neben der SS auch Polizei und auch Wehrmacht zunehmend beteiligt waren.

Aber das waren Entwicklungen, die nur eine kleine Minderheit von Offizieren und vor allem kaum Generale von Gewicht und Einfluss dem Widerstand zuführten, auch wenn immer wieder Versuche unternommen wurden, die trotz manchen Sympathisierens daran scheiterten, dass die Betroffenen sicher gehen wollten, bevor sie mitmachten. Die soeben in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte (2004/2) veröffentlichte Auswahl von Abhörprotokollen deutscher Generale in britischer Kriegsgefangenschaft von 1942 bis 1945 (ohne Wissen der Abgehörten gemacht: Public Record Office London) zeigen im Übrigen, „wie unterschiedlich die Generäle seinerzeit auf militärische und politische Extremsituationen reagierten und welche unterschiedlichen Schlussfolgerungen sie aus ähnlichen Erlebnissen zogen“.

Auch hier gilt, wie für die gesamte nachträgliche Betrachtung: Das Widerstandsproblem kann in jedem Einzelfall nicht differenziert genug betrachtet und beurteilt werden, und zwar sowohl in seiner historischen als auch in seiner individuellen Bedingtheit.

Über den Bereich der militärischen und konservativen Fronde hinaus suchte Stauffenberg sogleich umso mehr auch die Verbindung mit der aktiven Linken, vor allem mit Julius Leber, wie dessen

Witwe nachdrücklich bezeugt hat. Im Unterschied zu theologischen, bürokratischen und militärischen Legalisten und Obrigkeitstheorien bejahte Stauffenberg, der Gneisenau zu seinen Vorfahren zählte, unter Berufung auf ältere Traditionen des Widerstandes entschieden das Recht zum Tyrannenmord und zum Eidbruch gegen willkürliche Unrechtsherrschaft und nahm den Vorwurf des Verrates bewusst auf sich. Zu Jacob Kaiser sagte er: „Wir haben uns vor Gott und unserem Gewissen geprüft, es muß geschehen, denn dieser Mann [Hitler] ist das Böse an sich.“

Bereits Anfang April 1943 war ein wichtiges Verbindungsglied der Verschwörung gebrochen, als die Gestapo das Büro Osters aushob und dessen wichtigste Mitarbeiter, unter ihnen Dohnanyi, Bonhoeffer und Josef Müller, den Verbindungsmann zum Vatikan, verhaftete. Zwar gelang es mithilfe der Verschleierungstaktik von Canaris, den für die gesamte Opposition so gefährlichen Prozess noch bis zum 20. Juli 1944 zu verschleppen, doch fiel die von der SS und Gestapo ohnehin argwöhnisch überwachte „Abwehr“ nun weitgehend aus. Andere Attentatsversuche mitverschwoener Offiziere scheiterten 1943/1944 an widrigen Zufällen.

Nun aber ergriff Stauffenberg selbst, der von seiner strategischen Befehlsstelle in Berlin aus den Staatsstreich vorbereiten konnte, die Gelegenheit, bei der nächstmöglichen Besprechung im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ in Ostpreußen das Attentat auf Hitler trotz seiner Kriegsverletzung eigenhändig auszulösen. Als Julius Leber dann bei einem von Spitzeln überwachten Kontakt mit Kommunisten am 5. Juli 1944 verhaftet wurde, ließ Stauffenberg Annedore Leber am 17. Juli die Botschaft übermitteln: „Wir sind uns unserer Pflicht bewußt“ und führte die Opposition (nach mehreren vergeblichen Attentatsversuchen) durch seinen persön-

lichen Einsatz doch noch zur weithin sichtbaren Tat.

In vielen Städten saßen inzwischen militärische und zivile Vertrauensmänner, über die der Staatsstreich von Berlin dann sogleich über Deutschland ausstrahlen und der Staatsapparat von Nationalsozialisten befreit werden sollte. Trotz der vermehrten Reise- und Verbindungstätigkeit zur Gewinnung von Vertrauensmännern gelang es bis zuletzt, das Unternehmen weitgehend geheim zu halten. Proklamationen, Rundfunksendungen, Flugblätter wurden ausgearbeitet, Verordnungen für die kritischen ersten Stunden nach dem Umsturz entworfen, eine radikale Aufklärung der Bevölkerung über Bedeutung und Berechtigung des Staatsstreiches und über den wahren, verbrecherischen Charakter des NS-Regimes wurden vorbereitet, Vorkehrungen zur Abwehr eines möglichen, nationalsozialistischen Gegenschlages getroffen.

Das Ende und der Auftrag

Man kennt inzwischen aus vielen Darstellungen, auch in den Medien, die dramatischen Ereignisse um das Attentat und das tragische Scheitern des Umsturzversuches am 20. Juli 1944, hierzu jetzt besonders auch Joachim Fests *Der Staatsstreich*. Es setzte sofort eine brutale Verfolgungs- und Hinrichtungswelle gegen alle Widerstandsgruppen und Mitwisser ein und erreichte bald ein viel größeres Ausmaß, als offiziell verlautbart wurde. Fast lückenlos erfasste die Sonderkommission der SS die Verdächtigen und führte die meisten unerbittlich ihrem Schicksal zu. Man lese die Namen in den bereits erwähnten früheren Bänden von Annedore Leber sowie der Bundeszentrale für Politische Bildung in den von Hans-Adolf Jacobsen neu edierten Kaltenbrunner-Verhörprotokollen und in den Bänden von Rudolf Lill, Heinrich Oberreuter (*20. Juli, Porträts des Widerstands*) und Richard Löwenthal, Patrick

von zur Mühlen (*Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*).

Zunächst hatte Hitler große Schauprozesse zur Abschreckung der Öffentlichkeit mittels Film, Rundfunk und Presse angeordnet. Auf Rat Himmlers lief das Strafgericht dann jedoch, aus Furcht vor öffentlichen Protesten, in Volksgerichtshof-Prozessen mit streng ausgewähltem Zuhörerkreis ab. Der populäre, übrigens nicht voll eingeweihte Feldmarschall Rommel musste allerdings Gift nehmen und erhielt ein pompöses Staatsbegräbnis; zu seinem angeblichen Heldentod ließ Hitler sogar ein Ehrenmal entwerfen.

Die rigorosen Prozesse Freislers und die meist sofortigen Hinrichtungen wurden in Filmen festgehalten, die sich der „Führer“ in krampfhaftem Selbstbestätigungsgefühl vorführen ließ – heute Beispiel des zweifelhaften Quellenmaterials, das übrig blieb. Er verfolgte jedes Detail der täglichen Vernichtungsberichte des Volksgerichtspräsidenten Freisler, „unseres Wyschinskij“, wie Hitler im Blick auf die Moskauer Schauprozesse von 1937/1938 sagte. Wegen befürchteter Missstimmungen geschah freilich die weitere Ermordung zahlloser Verfolgter in diesen Endmonaten des Krieges ebenso unter Ausschluss der Öffentlichkeit wie die furchtbare Gefängnis- und Lagerhaft, in der hunderttausende Tag für Tag auf den Tod warteten. Die Welle der Verurteilungen und Ermordungen erfasste auch alte politische Gegner, darunter den letzten demokratischen Staatspräsidenten Württembergs, Eugen Bolz.

Noch in den letzten Wochen und Tagen des Krieges sind viele der Eingekerkerten von SS-Kommandos nachts hinausgetrieben und durch Genickschuss getötet, erhängt und in Massengräbern verscharrt worden. Viele namhafte Gefangene versuchte das Regime noch in seinen eigenen Zusammenbruch hineinzureißen. Es ließ in der Nacht zum 9. April 1945 im KZ Flossenbürg Canaris, Oster, Diet-

rich Bonhoeffer und andere durch die Gefängnisse und Lager geschleppte Zeugen und Träger des Widerstandes erhängen.

Und unmittelbar im Angesicht der Befreiung wurden in den Nächten zum 23. und 25. April 1945 Gruppen zum Tode Verurteilter aus dem Gefängnis Lehrter Straße in Berlin-Moabit unter Vorspiegelung der Verlegung von einem SS-Kommando in einem benachbarten Parkgelände durch Genickschuss ermordet (darunter Albrecht Haushofer, Richard Kuenzer, Friedrich Justus Perels, Hans John sowie Mitglieder der Familien Bonhoeffer, Dohnanyi, Schleicher). Kaum einer der Hauptbeteiligten des Umsturzversuches und nur wenige der Mitwisser haben das Gemetzel überlebt, mit dem das NS-Regime von der Bühne der Weltgeschichte abtrat.

Der Ausgang des 20. Juli 1944 setzte dem innerdeutschen Widerstand ein blutiges Ende und gab den Weg frei für eine letzte Steigerung von Krieg und Vernichtung. Das mag dazu beigetragen haben, dass die volle Verantwortung des Nationalsozialismus für die endgültige Katastrophe nicht durch neue Dolchstoßlegenden verschleiert werden konnte, wie sie Hitler und Himmler dem 20. Juli anzuhängen versuchten – und rechtsextreme Publizisten es bis heute tun.

In Wahrheit hätte ein Gelingen des Umsturzes noch vielen Millionen Menschen das Leben gerettet und riesige Zerstörungen in Europa und Deutschland verhindert. Im Endstadium des Krieges kostete die Verschleppung und Ermordung der Verfolgten sowie Hitlers „totaler Einsatz aller deutschen Menschen“ die schwersten Verluste des ganzen Krieges überhaupt. Das ist neben der morali-

schen zugleich die durchaus realpolitische Rechtfertigung des Widerstandes gegen die Diktatur auch zu dieser späten Stunde.

Die Deutschen des Widerstandes, die sich damals dem Sog der Verführung, des Opportunismus, der unkritischen Begeisterung für Macht und Erfolg entzogen haben, die schließlich angefochten und einsam Verfolgung und Tod auf sich nahmen, sie handelten als die wahren Patrioten und als verantwortliche Europäer zugleich, wenn sie sich in den europäischen Kampf gegen Hitler und den Totalitarismus, gegen die Zerstörung des Abendlandes, einreihen.

Es war die Grunderfahrung des deutschen Widerstandes, dass Staat, Obrigkeit und Nation nicht länger absolut gesetzt werden sollten, dass überstaatliche Werte und eine menschenwürdige Form des politischen Prozesses ebenso wichtige Bezugspunkte für die Loyalität des Staatsbürgers sind, dass es um ein waches Verfassungsverständnis im freiheitlich-rechtsstaatlichen Sinne und um einen unverbrüchlichen antitotalitären Konsens der Demokraten geht.

Wir danken dem europäischen wie dem deutschen Widerstand auch heute, nach sechzig Jahren, am besten, wenn wir den Geist der wehrhaften Demokratie bewahren und gegen jede Form des politischen Extremismus schützen, indem wir den Wert der Menschenrechte und der europäischen Einigung über alle alten und neuen Versuchungen des Nationalismus stellen.

Der deutsche Widerstand gegen Hitler bleibt der Erinnerung wert, trotz aller Versuche, ihn zu verkleinern oder schlecht zu machen.